

Landeshauptstadt Stuttgart
Der Oberbürgermeister
GZ: OB 7831-10.00

Stuttgart, 29.10.2010

Beantwortung zur Anfrage

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktionen Dr. Schlierer Rolf (REP), DIE REPUBLIKANER im Stuttgarter Gemeinderat
Datum 17.06.2010
Betreff Eskalation der Protestaktionen gegen Stuttgart 21

Anlagen

Text der Anfragen/ der Anträge

Seit dem 18. Juni 2010 hat sich die Lage bei den Demonstrationen gegen das Bahnprojekt verändert. Die Vorkommnisse rund um den Polizeieinsatz am 30. September 2010 in den Mittleren Schlossgartenanlagen haben die Situation weiter emotionalisiert. Im Verwaltungsausschuss am 6. Oktober 2010 hat der Polizeipräsident des Polizeipräsidiums Stuttgart die Vorgehensweise der Polizei erläutert. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 7. Oktober 2010 einstimmig eine Resolution „Für Toleranz, Fairness und Sachlichkeit bei der öffentlichen Auseinandersetzung über das Bahnprojekt Stuttgart 21“ verabschiedet.

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Zu 1:

Es liegen aktuell keine Erkenntnisse über derartige Absichten bzw. Planungen der linksautonomen Szene vor. Allerdings befinden sich unter den Versammlungsteilnehmern auch Angehörige des linken Spektrums.

Zu 2:

Derartige Erkenntnisse liegen nicht vor. Die Verantwortlichen des Bündnisses gegen Stuttgart 21 distanzieren sich ausdrücklich von der linksautonomen Szene.

Zu 3:

Die Stadtverwaltung führt bei Bedarf im Vorfeld von Versammlungen, in der Regel unter Beteiligung des Polizeipräsidioms Stuttgart, Kooperationsgespräche mit dem Veranstalter der Versammlungen. Dabei werden auch Maßnahmen und Auflagen besprochen, um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Allgemeinheit und der Versammlung herbeizuführen und einen rechtmäßigen und friedlichen Verlauf der Versammlung sicherzustellen. Außerdem erstellt das Polizeipräsidium Stuttgart für jede Versammlung eine Gefahrenprognose.

Der Polizeivollzugsdienst überwacht die Einhaltung dieser Auflagen und trifft vor Ort alle notwendigen Maßnahmen, um einen ordnungsgemäßen Verlauf der Versammlung zu gewährleisten. Dazu hält die Polizei ständigen Kontakt zum Versammlungsleiter.

Sollte es durch einzelne Demonstrationsteilnehmer dennoch zu gewalttätigen Aktionen kommen, so werden diese durch den Polizeivollzugsdienst beendet und entsprechende Sanktionen eingeleitet.

Nach Einschätzung des Polizeipräsidioms Stuttgart ist nach wie vor davon auszugehen, dass die Gegner des Bahnprojekts grundsätzlich kein Interesse daran haben, Menschen oder die Sicherheit der Stadt zu gefährden.

Dr. Wolfgang Schuster

Verteiler
<Verteiler>